

PROTEST UND WIDERSTAND!

GEGEN DIE NATO-KRIEGSTAGUNG



MÜNCHEN · FREITAG/SAMSTAG, 8./9. FEBRUAR 2008



„Wieviele Menschen muss man töten, bis man sich die Bezeichnung verdient hat, ein Massenmörder und Kriegsverbrecher zu sein?“ fragte der Literatur-Nobelpreisträger Harold Pinter in Stockholm vor zwei Jahren. Hunderte oder einige Tausend wie in Jugoslawien und in Afghanistan oder Hunderttausende wie im Irak?

Stoppt Folter und Kriegsterror

Bereiten wir den Militärstrategen den ihnen gebührenden Empfang!

Vorbei sind die Zeiten, da sich die NATO-Kriegsstrategen weitgehend unbehelligt von der Öffentlichkeit in München versammeln konnten. Inzwischen müssen sie sich hinter Absperrgittern und Polizeihundertschaften verschansen. Das Tagungshotel „Bayerischer Hof“ wird zur Festung, während auf den Straßen Münchens tausende Menschen gegen diesen Militärgipfel demonstrieren. Gründe zu Protest und Widerstand gibt es mehr als genug.

Diejenigen, die sich da im Bayerischen Hof versammeln, lassen Hunderttausende ermorden, mit Clusterbomben und ferngesteuerten Cruise Missiles, mit Uranmunition und Weißem Phosphor, mit Elite-Kampftruppen und Todeschwadronen.

Sie brechen selbstherrlich das Völkerrecht. Sie führen Eroberungskriege um Macht und Vorrherrschaft – vor allem in jenen Regionen, wo es nach Öl riecht. Sie errichten Besatzungsregimes und erheben sich selbst zum Herrscher über andere Staaten und Bevölkerungen. Wer sich den Aggressoren widersetzt oder in Verdacht gerät, verschwindet in Foltergefängnissen – in Guantanamo Bay oder in einem der vielen geheimen CIA-Gefangenen-Lager und „Verhör-Zentren“ weltweit.

Bundeskanzlerin Merkel wird sich und die Bundeswehr in München einmal mehr als zuverlässige Kriegspartnerin präsentieren. Sie wird – wie in den vergangenen Jahren auch – das medienträchtige Forum zu ideologischer Mobilisierung für die Aufrüstungspläne Deutschlands und Europas nutzen und – wie im Jahr 2004 – Angriffskriege der EU propagieren.

NATO- und EU-Strategen werden ihre Militärplanungen und Kriegsziele untereinander abstimmen, sie werden erneut dem Iran drohen und unter Ausschluss der Öffentlichkeit eine Koalition der Kriegswilligen zusammenschmieden. „Frieden durch Dialog“ nennen das die Veranstalter. Seit drei Jahren ist diese Losung das offizielle Konferenzmotto. Doch auch dieser Etikettenschwindel macht aus einer Tagung von Kriegsplanern und Rüstungsprofiteuren keine Friedenskonferenz.

Ginge es nach dem Grundgesetz, dürften solche Veranstaltungen, auf denen völkerrechtswidrige Angriffskriege abgesprochen und öffentlich propagiert werden, gar nicht stattfinden. Die Staatsanwaltschaft müsste einschreiten, denn nach Artikel 26 GG sind „Handlungen, die geeignet sind, die Führung eines Angriffskriegs vorzubereiten, verfassungswidrig“.

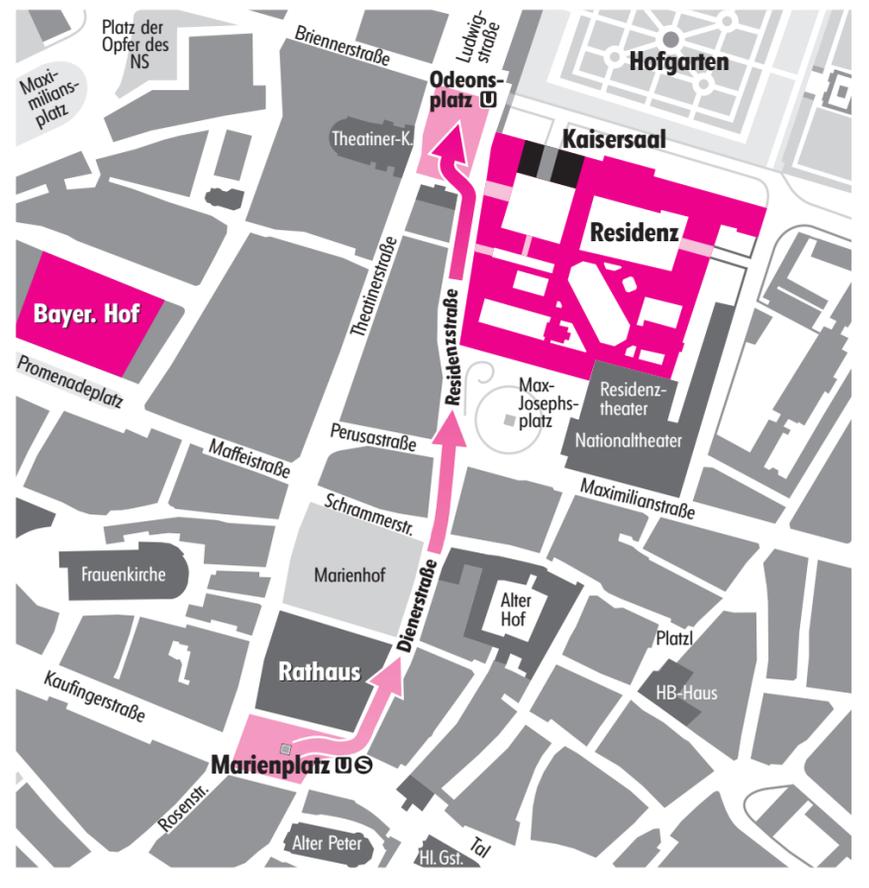
GROSSDEMO: SAMSTAG, 9. FEBRUAR ZUR RESIDENZ

Die NATO-Strategen, die sich im Februar wieder in München versammeln, werden diesmal hautnah und direkt mit der Protestbewegung konfrontiert werden. Wenn sie am 9. Februar in ihren Limousinen von der Militärtagung im Bayerischen Hof zum Gala-Dinner in den Kaisersaal der Münchner Residenz fahren, werden ihnen tausende KriegsgegnerInnen und Kriegsgegner im Wege stehen.

Unsere Großdemonstration am Samstag, 9. Februar wird diesmal – nach der zentralen Kundgebung auf dem Marienplatz – zum Odeonsplatz ziehen. Wir gehen direkt vor die Residenz, wo am Abend die Veranstalter der NATO-Tagung ein groteskes Schauspiel aufführen, das an Scheinheiligkeit nicht mehr zu überbieten ist: die Verleihung einer „Friedensmedaille“ an einen der Günstlinge der Kriegsmafia.

Wir werden dort sein. Wir werden den Kriegsplanern, Kriegstrommlern und Kriegsprofiteuren lautstark und unmissverständlich klar machen: Ihr seid die größte Bedrohung für die Menschen auf diesem Planeten. Ihr seid hier und überall auf der Welt unerwünscht. Wir wollen keine Kriegstreiber und Massenmörder in München. Krieg ist Terror.

AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ Beschluss des Plenums, 11.12.2007



Die Bundesregierung finanziert jedoch diese Kriegsvorbereitungs-Tagung und gewährt auch noch militärischen Schutz. Verfassungswidrig! Denn im Grundgesetz steht: Die Bundeswehr darf außer zur Verteidigung nur im Spannungsfall oder zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand der freiheitlich-demokratischen Grundordnung eingesetzt werden. Auf Anfrage von Abgeordneten der Fraktion Die Linke bestätigte die Bundesregierung, dass 400 Bundeswehrkräfte eingesetzt werden. 310 SoldatInnen sichern das gesamte Umfeld des Tagungsortes, den Flughafen und die Hotels

der KonferenzteilnehmerInnen. 90 von ihnen übernehmen am SiKo-Wochenende sogar das Hausrecht im Bayerischen Hof. Kostenpunkt: 520.000 Euro, die aus dem Bundeswehr-Etat finanziert werden. Auch der MAD (Militärischer Abschirm-Dienst) ist vor Ort, und im Bereich der Deutschen Bahn wurden vor zwei Jahren 723 Unterstützungskräfte der Bundespolizei eingesetzt, was zusätzlich 40.000 Euro kostete. Gleichzeitig übernimmt die Bundesregierung den Löwenanteil der Veranstaltungskosten mit jährlich steigenden Beträgen, zuletzt 323.000 Euro aus dem Bundeshaushalt.

AUFRUF DES AKTIONSBÜNDNISSES GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ

Sie reden von „Sicherheit“. Wir nennen es Krieg, Folter und Terror.

Sie sprechen von „Sicherheit“, doch ihre Politik bedeutet Krieg, Folter und Militarisierung.

Die „Sicherheitskonferenz“ in München ist ein Treffen von Militärstrategen, Regierungsvertretern, Generälen und Rüstungslobbyisten. Verschänzt hinter Abspergittern, Wasserwerfern und einer gigantischen Polizeimacht kommen im Nobelhotel Bayerischer Hof jährlich EU- u. NATO-Repräsentanten zusammen, um Kriegseinsätze, internationale Militärstrategien und Rüstungsgeschäfte zu planen. So wurden bei der Münchner Militärtagung unter anderem die Angriffskriege gegen Jugoslawien, Afghanistan und den Irak vorbereitet und entscheidende Weichen für den so genannten „Globalen Krieg gegen den Terror“ gestellt.

Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr Gegen jede deutsche Kriegsunterstützung

Die wirtschaftlich und politisch Mächtigen der Welt beanspruchen für sich das Recht auf ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen auf dem gesamten Globus. Sie setzen ihre ökonomischen Interessen und Machtansprüche auch mit militärischer Gewalt durch.

Die Besatzungskriege der NATO-Staaten und ihrer Verbündeten, die unter der Losung der Terrorbekämpfung geführt werden, sind selbst Terror gegen die Bevölkerung: Bombardierungen, Vertreibung, Zerstörung, Vergewaltigungen sowie die Wiedereinführung der institutionalisierten Folter wie in Guantanamo und in Geheim-Gefängnissen. Die NATO-Kriege und Besatzungs-Regimes eskalieren die Konflikte weltweit; selbstbestimmter Aufbau und eine demokratische Entwicklung haben keine Chance.

Gegen Krieg und Folter. Für ein freies und selbstbestimmtes Leben aller Menschen

Die erneute Militarisierung der deutschen Außenpolitik führt längst auch zur Militarisierung im Innern. Diese Politik des präventiven „Si-



cherheits“-Staates betreibt den Abbau der Grundrechte aller BürgerInnen durch Vorratsdatenspeicherung von Telefongesprächen, dem Ausspionieren von PC-Daten, Unterbindungsgewahrsam, Überwachung von öffentlichen Plätzen und Privatwohnungen. AntimilitaristInnen werden durch den Gesinnungsparagrafen 129a sowie durch die Razzien vor und nach dem G8-Gipfel systematisch mit Repression überzogen u. kriminalisiert. Längst marschieren die Bundeswehr auch im Inneren auf wie zum Beispiel mit Soldaten, Spähpanzern und Tornados gegen die Proteste in Heiligendamm Juni 2007. Im Bayerischen Hof hat die Bundeswehr bereits seit Jahren das Hausrecht während der Sicherheitskonferenz.

Gegen den Überwachungsstaat Für Meinungsfreiheit und Bürgerrechte

Wir wenden uns gegen ein Machtsystem, das sich am Profit orientiert und das sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten über Leichen

geht, gegen ein System der rigorosen Abschottung der EU-Außengrenzen gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen. Dazu gehören die rassistischen und fremdenfeindlichen AusländerInnengesetze in Deutschland, die Abschaffung des Asylrechts, tödliche Hetzjagden und Überfälle sowie die europaweit anlaufende Massenabschiebung von Flüchtlingen in die Kriegsgebiete des Irak und Afghanistans.

Fluchtursachen bekämpfen. Öffnung der Grenzen für Flüchtlinge und MigrantInnen statt Stacheldraht und Lager

Zeigen wir den selbst ernannten Weltherrschern und Kriegsstrategen: Ihr seid hier in München und anderswo unerwünscht. Eurer Politik von neoliberaler Wirtschaftsmacht und Ausbeutung, von Aufrüstung und Sozialabbau setzen wir weltweit Protest und Widerstand entgegen, denn eine andere Welt ist möglich, eine gerechte Gesellschaft, eine friedliche Welt ohne Krieg und Folter.

Statt sozialer Demontage und Aufrüstung Umverteilung von oben nach unten

Wir rufen auf: Mischt euch ein, beteiligt euch an den vielfältigen Protesten und Gegenveranstaltungen in München! Die Proteste und Blockaden von Heiligendamm gegen den G8-Gipfel haben gezeigt, dass wir erfolgreich sind. Trotz abgeschotteter Zonen und Demoverboten haben dort Zehntausende erfolgreich durch zivilen Ungehorsam und Widerstandsaktionen die Zufahrtswege zum Gipfel effektiv blockiert. Im Februar werden wir deutlich machen: Kriegsverbrecher und Folterbefürworter erwartet auch in München Protest und Widerstand.

No justice, no peace! – Ohne Gerechtigkeit kein Friede!

**Wir rufen auf zu den Protest-
und Widerstandsaktionen am
8./9. Februar 2008 in München!**

UnterzeichnerInnen des Aufrufs (bis 05.01.2008):

AG International Dorfen
AG International Landshut
AKI – Arbeitskreis Internationalismus, München
Attac München
AnaRKomM AnarchistInnen/RätekommunistInnen, Mchn.
Augsburger Friedensinitiative
Arbeitskreis Aktiv gegen Rechts von ver.di, München
Bayerischer Flüchtlingsrat
BIFA Bürgerinitiative für Frieden u. Abrüstung, Mchn.
Bündnis gegen Abschiebungen, Mannheim
BürgerInnen gegen den Krieg im Landkreis Ebersberg
Büro für Soziale Bewegungen – Tobias Pflüger (MdEP)
DFG/VK – Deutsche Friedensgesellschaft /
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, München
DFG/VK, Augsburg
DFG/VK, Wiesbaden
Deutscher Freidenkerverband, Bundesvorstand
Deutscher Freidenkerverband, München
Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein, München
Die Linke, Landesverband Bayern
Die Linke, München
DIDF Föderation Türkischer Arbeitervereine, München
DKP Dt. Kommunistische Partei, Bez.Vorst. Südbayern
DKP, Kreisverband München
Dritte-Welt-Zentrum e.V., München
FAU-IAA – Freie ArbeiterInnen Union, München
Feministische Partei DIE FRAUEN, München
Frauen in Schwarz, Gruppe München
Freisinger Linke
Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba e.V., München
Friedensaktion Palästina, München
Friedensbündnis Bad Tölz – Wolfratshausen
Friedensbündnis Karlsruhe
Friedensplenum/Antikriegsbündnis, Tübingen
Humanistisches Zentrum der Kulturen, München
IMI – Informationsstelle Militarisation, Tübingen
Internationale KommunistInnen, Berlin
isl – internationale sozialistische linke, München
Jusos, München
Karawane f. d. Rechte d. Flücht. u. MigrantInnen, Mchn.
KKE Kommunistische Partei Griechenlands, Kreisorg. Mchn.
Libertad! Bundesweite Initiative
Linksjugend [solid], Bundesverband
Linksjugend [solid], Baden-Württemberg
Mittwochs-Cafe im KafeMarat
Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus
Münchner Flüchtlingsrat
Münchner Friedensbündnis (mehrheitlich)
Münchner Gewerkschaftslinken
Munich American Peace Committee
Netzwerk Selbsthilfe e.V. München
Öffentl. Aufforderung. zu gewaltl. Widerst. gg. Rüstg. u. Krieg
Ökumenisches Büro für Frieden u. Gerechtigkeit, Mchn.
Palästina-Komitee, München
RSB – Rev. Soz. Bund / IV. Internationale, Gr. München
Schülerschaft des 1. Griechischen Lyceums Münchens
SDAJ Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, BuVo
SDAJ, München
SJD/Die Falken, Bez. Niederbayern/Oberpfalz
Sozialistische Linke, Karlsruhe
Venezuela Avanza, München
ver.di Jugend Bayern
ver.di Jugend München
VVN/BdA – Vereinigung d. Verfolgten d. Naziregimes /
Bund der Antifaschisten, Kreisvereinigung Freising
VVN/BdA Kreisvereinigung Wolfratshausen
VVN/BdA Landshut



Innenminister Schäubles Folterträume – und das „Jobsharing“ mit Neonazis

Ungeheuerliches war in der ARD-Tagesschau am 1. Dezember 2007 von Innenminister Schäuble mal wieder zu hören: „Diejenigen, die sagen, Guantanamo ist nicht die richtige Lösung, müssen auch bereit sein, darüber nachzudenken, was die bessere Lösung ist, denn allein mit Kritik ist kein Problem gelöst.“

Welche Probleme sollen denn in den Foltergefängnissen und Internierungslagern nach USA-Vorbild gelöst werden? Sollen dort von mutmaßlichen Terroristen Geständnisse durch Folter erpresst werden? Und welchen Wert hätten solche „Geständnisse“?

Nein, darum geht es nicht. Vielmehr sollen unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung polizeistaatliche Maßnahmen gerechtfertigt werden, die sich gegen alle und jeden anwenden lassen.

Vorrats-Datenspeicherung, Online-Durchsuchungen und Telefonüberwachung sind Schritte in einen autoritären Überwachungsstaat.

Der Abschuss von Passagierflugzeugen und gezielte Tötungen stehen bei Terrorverdacht gleichermaßen auf Schäubles Liste wie die Abschaffung der Unschuldsvermutung bei Verdächtigen.

In Heiligendamm wurde schon mal klar gemacht, dass auch Militär im Tornado-Tiefflug gegen Demonstrierende eingesetzt wird, Grundgesetz hin oder her. (Streikende Lokführer sollen vorerst noch verschont bleiben – Ehrenwort!)

Der Ausbau des staatlichen Zwangsapparates geht einher mit einer latenten Komplizenschaft staatlicher Stellen mit Neonazis. Da werden illegale Bilddateien der Neonazis von der Polizei vor Gericht gegen AntifaschistInnen als Beweismaterial eingebracht, oder wie in Halberstadt, nach einem Naziüberfall auf eine Theatergruppe zuerst die Personalien der Opfer festgestellt, während man die Nazischläger laufen lässt.

Wenn man Foltergefängnisse als „richtige Lösung“ ansieht, kann man von prügeln den Na-

zischlägerbanden nicht wirklich betroffen sein. Die sind eher die Hilfstruppen im rechtsfreien Vorfeld staatlich legitimer Repression.

Seit Jahren wird die Keule des Gewalttätigkeitsvorwurfs auch gegen diejenigen erhoben, die in München gegen die NATO-„Sicherheits“-Konferenzen demonstrieren. Mit Schikanen von Demonstrationsverboten über Polizeispitzel in der Demonstration bis zu sog. Wanderkesseln der Polizei soll verhindert werden, dass sich der Widerstand gegen die wirklichen Gewalttäter, die Kriegsstrategen im Hotel Bayerischer Hof, formiert.

Wenn Demonstrationen nur vor der martialischen Drohkulisse gewaltbereiter Greiftrupps der Polizei stattfinden können, sollen Menschen abgeschreckt werden, ihr Recht auf demonstrative Meinungsäußerung wahrzunehmen.

Bei der sog. Sicherheitskonferenz im Nobelhotel „Bayerischer Hof“ sitzen jene Gewalttäter, von denen wirkliche Terrorgefahr ausgeht: Kriegsstra-

tegen und Waffenhändler, „Sicherheits“-Spezialisten mit Guantanamo-Erfahrung, Irak-Kriegsverbrecher und NATO-Militärs mit Blut an den Händen. Ihnen stellen wir uns in den Weg.



Grundgesetz-Anpassung zur Verteidigung

Die Besatzungstruppen machen sich ihre Feinde, die sie dann bekämpfen „müssen“, selbst

Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Afghanistan ist heute von demokratischen Verhältnissen ähnlich weit entfernt wie vor der Militärintervention im Jahr 2001. Die Besatzungsherrschaft erzeugt täglich neue Gewalt. In den meisten Regionen herrschen Warlords und Drogenbarone.

Der Krieg gegen die so genannten „Aufständischen“ fordert immer mehr Opfer unter der Zivilbevölkerung. Derzeit sind 3000 BundeswehrsoldatInnen im Einsatz in Afghanistan. Auch wenn es drei- oder viermal so viele wären, könnten sie die vermehrten Anschläge und Entführungen nicht verhindern, denn auch die westlichen „zivilen Aufbauhelfer“ werden von der überwiegenden Mehrheit der afghanischen Bevölkerung als integrativer Bestandteil einer verhassten Besatzungsmacht wahrgenommen, die eben nicht nur Bonbons verteilt, sondern vor allem Bomben abwirft.

Der Bundeswehreinsatz kostet jährlich rd. 500 Millionen Euro. An direkten Kampfhandlungen war bisher vorwiegend die Bundeswehr-Elite-truppe, das „Kommando Spezialkräfte“ KSK beteiligt. Ihre bisherigen Einsätze an der Seite der US-Truppen wurden von der Bundesregierung streng geheim gehalten. Seit März 2007 fliegen auch Bundeswehr-Tornados zur Feindaufklärung und liefern damit einen direkten Beitrag zur weiteren Eskalation des Kriegs in Afghanistan. Sie liefern die erforderlichen Daten für die Zielauswahl der Kampfflugzeuge und für deren Bombenangriffe.

14 Tote nach Luftangriff in Afghanistan

Asadabad – Bei einem Luftangriff ausländischer Streitkräfte sind im Nordosten Afghanistans 14 Straßenarbeiter ums Leben gekommen. Kampfflugzeuge und Hubschrauber hätten eine Zeltsiedlung in der Provinz Nuristan beschossen und 14 Arbeiter getötet, sagte der Chef des Bauunternehmens am Mittwoch. Die Nato-Schutztruppe Isaf sowie die US-geführten Koalitionstruppen kündigten an, den Vorfall zu prüfen. Mit dem Angriff hätten die Streitkräfte auf Berichte über Aufständische in der gebirgigen Region unweit der Grenze zu Pakistan reagiert, sagte Gouverneur...

Süddeutsche Zeitung
29. November 2007

Nicht einmal die zum Wiederaufbau angeheuerten Arbeiter sind vor den Bomben ihrer Auftraggeber sicher. Haben dazu etwa deutsche Tornados die Zielfotos geliefert?

Im sogenannten „War on Terror“ werden Städte und Dörfer, wo Taliban oder „Aufständische“ vermutet werden, rücksichtslos bombardiert.

Die Opfer des Krieges – Tausende Afghanen vom Säugling bis zum Greis – werden von der NATO nicht bekannt gegeben. Gezählt und betrauert werden nur die „eigenen“ Toten.

Angeblich geht es um Demokratisierung und Wiederaufbau

Doch hinter den Nebelkerzen von „Friedenssicherung“, von „Stabilität“ und „Wiederaufbau“ verbergen die Interventionsmächte ihre wirtschafts- und machtpolitischen Interessen. Der „Krieg gegen den Terror“ dient den USA und ihren Verbündeten dazu, Zentralasien wirtschaftlich und militärisch unter ihre Kontrolle zu bringen.

Schon das Verhältnis von Kriegsaufwendungen zu den Ausgaben für humanitäre und



Tornado-Einsatz: Deutsch-Amerikanische Arbeitsteilung im Afghanistan-Krieg

„Diejenigen, die sagen, Guantanamo ist nicht die richtige Lösung, müssen auch bereit sein, darüber nachzudenken, was die bessere Lösung ist.“

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble in der ARD-Tagesschau am 01.12.2007

Aufbauzwecke entlarvt die offizielle Begründung. Für den Krieg wird mehr als zehnmals soviel Geld investiert wie für den zivilen Aufbau Afghanistans: Seit 2002 wurden 85 Mrd. Dollar für die Militäroperationen der NATO ausgegeben, für Wiederaufbau aber nur 7,5 Milliarden.

Von diesen Geldern wiederum profitieren vor allem ausländische Unternehmen, korrupte Regierungsbeamte und afghanische Geschäftsmacher. Millionen werden für die Regierung und mit Aufträgen versorgte Auslandsfirmen ausgegeben: für ihre Villen in Kabul, ihre Versorgung mit importierten Waren, für private Sicherheitsdienste, Bodyguards und gepanzerte Limousinen.

Die Lebensverhältnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung haben sich dagegen, seitdem die NATO-Truppen im Land sind, nicht verbessert: 90 % aller Waren, die auf dem Markt sind, werden importiert, und sind für die in krasser Armut lebenden Menschen unerschwinglich. Nach sechs Jahren Besatzung funktioniert die Stromversorgung selbst in Kabul nur drei bis vier Stunden am Tag, die Wasserversorgung ist erbärmlich, die Kanalisation eine Kloake. Nur der Drogenhandel blüht. Eine Alternative zum Mohnanbau haben die Besatzungsmächte nicht auf ihrer Agenda, eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans wird geradezu verhindert.

Wen beschützt die Bundeswehr?

Die meisten in Afghanistan tätigen Hilfsorganisationen wie „Caritas International“, das „Rote Kreuz“, „medico international“ oder die „Kinderhilfe Afghanistans“ sagen seit langem, dass sie ihre Arbeit nur unter strikter Neutralität erfolgreich durchführen können, dass die ausländischen Truppen die Projekte und ihre Mitarbeiter eher gefährden als schützen. Die Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“ sah sich inzwischen gezwungen, ihre Arbeit einzustellen: „Koalitionstreitkräfte missbrauchen die Hilfe ständig für ihre militärischen und politischen Ziele und versuchen damit, die 'hearts and minds' der afghanischen Bevölkerung zu gewinnen. Dadurch wird humanitäre Hilfe nicht mehr als unparteilich und neutral angesehen. Dies wiederum gefährdet die Helfer und die Hilfe selbst.“

Die NATO-Besatzungstruppen in Afghanistan schützen in erster Linie den von der US-Regie-

rung ins Amt gesetzten Regierungschef Karzai, seine Marionetten-Regierung und die in den Staatsapparat integrierten Drogenbarone und Warlords. Karzai ist für die Besatzungsmächte eine geradezu ideale Besetzung: Bis 2001 unterhielt er enge Beziehungen zur US-Regierung und zur CIA und war langjähriger führender Berater des amerikanischen Ölkonzerns UNOCAL. So kann zur Zeit unter der Anwesenheit der Besatzungstruppen die Wirtschaft Afghanistans den Kapitalinteressen des Westens angepasst werden. Die Homepage des Auswärtigen Amtes nennt als „Schwerpunkt“ für die Zusammenarbeit Deutschlands mit der afghanischen Regierung „die Entwicklung der Privatwirtschaft und marktwirtschaftlicher Strukturen“. Ministerpräsident Karzai hat per Dekret dafür bereits die Voraussetzungen geschaffen. Danach sollen von den 65 staatlichen Unternehmen 37 privatisiert und 19 Betriebe ganz geschlossen werden. 24.000 Beschäftigte verlieren ihre Erwerbsquelle.

Der Krieg muss beendet und die Besatzungstruppen abgezogen werden. Für die Beseitigung der Not und des Elends der Bevölkerung gibt es keine militärische Lösung.

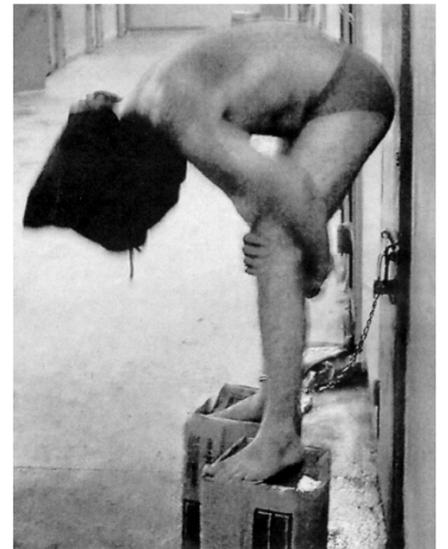
Der neue Irak: Ein kapitalistischer Traum



Nicht Schutz der Bevölkerung, sondern die Sicherung der Ölquellen ist das Hauptanliegen der US-Truppen im Irak.



„Die Präzision unserer Technologie schützt das Leben unserer Soldaten und das Leben unschuldiger Zivilisten.“ George W. Bush, 16.04.03



„Wir werden in jeden Teil der Welt das Vorbild der Demokratie schaffen“ US-Präsident Bush am 19.11.2003

Die Interventionstruppen erzeugen mit ihren Angriffen Hass, Widerstand und eine Spirale der gewaltsamen Auseinandersetzung. Unter diesen Bedingungen haben ziviler Wiederaufbau und eine demokratische Entwicklung keinerlei Chance. Ein Truppenabzug, so sagen die Befürworter des Bundeswehr-Einsatzes, führe zu Gewalt, Chaos und Terror. Doch unter Gewalt und Terror leiden die Menschen heute, und es sind die Interventionstruppen, die dieses Chaos permanent aufs neu erzeugen.

So beschrieb das britische Wirtschaftsblatt „The Economist“ im September 2003 die neuen Wirtschaftsstrukturen, die von den US-Besatzern im Irak geschaffen wurden. Unternehmens-Steuern wurden auf maximal 15 Prozent begrenzt und Einfuhrzölle ganz abgeschafft. Fast alle rd. 200 irakischen Staatsunternehmen wurden zur Privatisierung freigegeben. Westliche Konzerne können nach „Order 39“ des vormaligen US-Prokonsuls Paul Bremer irakische Fabriken und Banken bis zu hundert Prozent übernehmen und alle künftigen Gewinne ins Ausland schaffen.

Im Januar '07 hat die von den USA abhängige irakische Regierung ein neues, in Washington entworfenes Ölgesetz beschlossen. Es sieht vor, das Recht zur Ausbeutung von 68 der 80 vorhandenen Ölfelder mit rund zwei Drittel der heute bekannten irakischen Ölreserven an internationale Ölfirmen zu vergeben. Ausländische Ölkonzerne dürfen während 30 Jahren 70 Prozent ihrer Produktion für sich behalten. Weitere 20 Prozent sollen dauerhaft von jeder Art der Besteuerung befreit werden. Lediglich 17 produzierende Felder sind ausgenommen. Das Ölgesetz made in USA muss nur noch vom irakischen Parlament absegnen. Dort regt sich allerdings Widerstand.

Deutschland im Krieg

FRIEDENSPOLITISCHER KONGRESS
zum Internationalen Global Action Day 2008
Fr/Sa, den 25. und 26. Januar 2008
im **Gewerkschaftshaus** Schwanthalerstraße 64

■ Freitag, 19⁰⁰ Uhr **FORUM 1**

Conrad Schuhler, Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e. V. (isw), München:
Der globale Kapitalismus und der Weltkrieg um Ressourcen

Werner Rätz, Mitglied im Koordinierungskreis von Attac Deutschland, Bonn:
Gegenkräfte und Gegenstrategien

■ Samstag, 11⁰⁰ Uhr **FORUM 2**

Claudia Haydt, Vorstandsmitglied Informationsstelle Militarisierung (IMI), Tübingen:
Die Bundeswehr – Armee im globalen Einsatz

■ Samstag, 14⁰⁰ Uhr **FORUM 3**

Gabriele Heinecke, RAin, BuVo-Mitglied Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein, Hamburg:
Krieg nach außen, Krieg nach innen

■ Samstag, 16⁰⁰ Uhr **FORUM 4**

Matin Baraki, Hochschuldozent für Internationale Politik an den Unis Marburg, Gießen, Kassel:
Sechs Jahre NATO-Besatzung und -Krieg in Afghanistan



■ Samstag, 19⁰⁰ Uhr **ABSCHLUSSPLENUM**

Erfahrungen und Perspektiven im Kampf gg. Militarismus und Krieg

Podium mit AktivistInnen aus der Protest- und Widerstandsbewegung:

Nicole Fritsche, Bündnis gg. Krieg u. Rassismus

Nikola Jankowsky, ver.di-Jugend

Johannes Jonić, SDAJ

Tobias Pflüger, MdEP

Jürgen Rose, Oberstleutnant, Dipl. Päd.

Moderation: **Renate Börger**, attac München

Filmausschnitte:

„Neue Wut – Das war der Gipfel“

Veranstalter:

attac München
Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus
Arbeitskreis Aktiv gegen Rechts, ver.di München
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) München
Informationsstelle Militarisierung (IMI) Tübingen
isw Institut f. sozial-ökolog. Wirtschaftsforsch. e. V., Mchn.
Kurt Eisner Verein – die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Bayern
Münchner Friedensbündnis
Münchner Sozialforum
ver.di Jugend

Eintritt: 7.–/4.– Euro, nur Fr: 3.–/1.–, Sa: 5.–/3.– Euro

Noch bis
31. Januar 2008
Foyer **EineWeltHaus**

AUSSTELLUNG Fotos, Texte und Grafiken
zur Militärtagung, den Kriegslügen der NATO und ihren Interessen

Samstag
19. Januar 2008
12³⁰ Uhr am **Stachus**

ANTI-REPRESSIONS-DEMO
Protest gegen staatliche Repression und Daten-Sammelwut

Donnerstag
31. Januar 2008
19³⁰ Uhr 3.–/2.–€
im **EineWeltHaus**
Schwanthalerstraße 80

FRONTEX Die militärische Kontrolle der Armut
Strategie der „vernetzten Sicherheit“
mit **Bernd Kasperek** (Karawane) und **Christoph Marischka** (IMI)

Veranstalter: Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus, Bayerischer Flüchtlingsrat
Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen

Donnerstag 3.–/2.–€
7. Februar 2008
19³⁰ Uhr **EineWeltHaus**

UNERKLÄRTER WELTKRIEG
Veranstaltung mit **Bahman Nirumand**: Akteure in Nahost

Donnerstag Nur 7.–€
7. Februar 2008
19³⁰ Uhr im **Feierwerk**

FLÜCHTLINGSOLIPARTY
der SDAJ unter dem Motto **Hiergeblieben** mit 4 Bands

Freitag
8. Februar 2008
13³⁰ Uhr am **Stachus**
14⁰⁰ Uhr Beginn der Demo

JUBELDEMO Demo der etwas anderen Art
Sarkastischer Freuden-Umzug mit kapitalistischem Weißen
Block für mehr Krieg, Ausbeutung und totale Überwachung

16⁰⁰ Uhr auf dem
Marienplatz

ANTIKRIEGSKUNDGEBUNG

19⁰⁰ Uhr im
Alten Rathaus
www.friedenskonferenz.info

FRIEDENSKONFERENZ
Internationales Forum: Friedenspolitik angesichts Klimawandel und Energiekrise

Samstag
9. Februar 2008
16⁰⁰ Uhr **Marienplatz**

GROSSKUNDGEBUNG
mit Vorprogramm ab 14⁰⁰ Uhr: **Musik, Texte** gegen Krieg, Reden

18⁰⁰ Uhr
ab **Marienplatz**

GROSSDEMO WIR STELLEN UNS QUER!
zur Residenz am Odeonsplatz

ab **20⁰⁰ Uhr**
im **Feierwerk**
Hansastraße 39-41

DISCO GEGEN KRIEG 3 Bands
Eintritt 7.–€
erm. 5.–€
BAYERNS GRÖSSTE ANTI-NATO-PARTY open end

Spendenkonto: Martin Löwenberg, Kto.Nr.: 28 26 48 02, Postbank Mchn., BLZ: 700 100 80

Aktuelle Infos

u.a. auch zur
Pennplatzbörse

www.muenchner-friedensbuenndnis.de
www.gegen-krieg-und-rassismus.de
www.sicherheitskonferenz.de
www.attac-muenchen.org
www.no-nato.de

IMPRESSUM

Herausgegeben vom Aktionsbündnis
gegen die NATO-Sicherheitskonferenz
Redaktion: Wolfgang Blaschka, Bernd Michl,
Walter List, Claus Schreier
Gestaltung: Wob, Karikaturen: Bernd Bücking
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Claus Schreier, Joh.-v.-Werth-Str. 3, 80639 Mchn.
Druck: Union Druckerei Berlin GmbH

SPENDEN ERBETEN UNTER STICHWORT „SIKO 2008“
Die Protestaktionen, die wir jährlich organisieren, kosten
viel Geld. Anmeldegebühren, Lautsprecheranlagen, Fahrt-
kosten für KundgebungsrednerInnen und MusikerInnen,
auch der Druck dieses Zeitungsflugblatts und der Plakate.
Spendet also großzügig nach persönlichem Vermögen! ▶

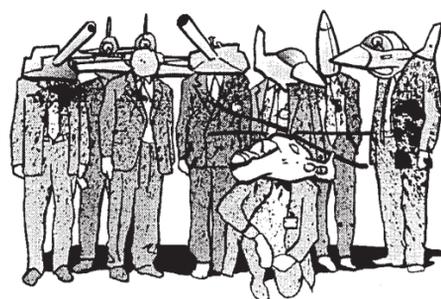
Die einen kämpfen im Tarnanzug
und die andern im Nadelstreifen:

IHR GESCHÄFT IST DER KRIEG

Angesichts der Teilnehmer allein aus dem Bereich der(Rüstungs-)Industrie mutet das Motto von Horst Teltchiks Kriegstagung an wie pinkfarbener Tarnanstrich: „Friedensdialog“. – Mit Waffenhändlern?!

Ein Zeitalter ohne Kriege? Das wäre wohl das Schlimmste, was sie sich vorstellen könnten. So untauglich Kriege sind, um Konflikte zu lösen, so unverzichtbar sind sie für die Produzenten des Todes. Steigende Aktienkurse und Profite verdanken sie den Milliarden-Aufrüstungsprogrammen und dem weltweiten Waffenhandel. Für sie sind „Instabilität“, Unruhen, Krisen und Konflikte eine unabdingbare Voraussetzung für den Geschäftserfolg ihrer Firmen und folglich für ihre persönlichen Karrieren.

Teltchik selbst war Deutschlandpräsident von BOEING, einem der größten Hersteller von Militärflugzeugen. Welch absurde Vorstellung: Er und die anderen Top-Manager aus der Rüstungsindustrie würden sich und ihre Aktionäre schädigen. Sie wären ihre Posten bald los.



Unternehmen, Konzerne und Wirtschaftsvertreter bei den letzten Sicherheitskonferenzen:

AEG-European Advisory Group
Barbour Griffith & Rodgers (USA)
BDI, Bundesverband der Deutschen Industrie (BRD)
BOEING, weltweit größter Luft- und Raumfahrt-Konzern (USA)
Booz Allen Hamilton, Wirtschafts-Institut (USA)
BMW, Stiftung Herbert Quandt (BRD)
CNC AG, Metallverarbeitung (BRD)
Detec AG, Panzerteile, Geschütze (BRD)
Diehl & Co., Lenk Waffen (BRD)
DRS Electro-Optical Systems Group, Laser-Sinter-Technologie (USA)
EADS, Europas größter Kriegswaffenproduzent (EU)
Electronic System- und Logistik GmbH (BRD)
Ford (USA)
General Dynamics Corporation, Panzer (USA)
Howaldtwerke – Deutsche Werft AG, U-Boote (BRD)
Industrieanlagen Betriebs-Gesellschaft mbH, (BRD)
Kraus-Maffei-Wegmann, Panzer (BRD)
J.F. Lehmann & Co. (USA)
Lockheed Martin, Flugzeuge, größter US-Rüstungskonzern (USA)
Mayer Brown Rowe & MAW, weltweites Anwaltskonsortium (USA)
Northrop Grumman Corp., Flugzeuge (USA)
Rheinmetall AG, Panzer, Kleinwaffen (BRD)
Rohde & Schwarz, Rüstungselektronik (BRD)
Rolls Royce, Triebwerke (BRD)
Siemens AG, Elektronik, Kommunikationstechnik (BRD)
Thales International, Panzer (Frankreich)
The Cohen Group, internat. Consultingunternehmen (USA)
The Mercury Group, Kommunikationsberatung und -systeme (USA)
The Scowcroft Group, Militärberatung (USA)

Von der Arge direkt ab nach Afghanistan?

Werben fürs Sterben bei der Bundeswehr

Deutschland im Jahr 2007: Überall werden Arbeits- und Ausbildungsplätze abgebaut. – Überall? Nicht ganz. Der Arbeitgeber Bundeswehr (Bw) boomt. Aus dem Heer der arbeitslosen Jugendlichen kann die Bw gezielt ihr Kanonenfutter für aktuelle und künftige Kriegseinsätze aussuchen. Denn: Immer mehr Jugendliche sehen sich ökonomisch dazu gezwungen, den „Job Soldat“ in Erwägung zu ziehen.

Propaganda-Krieg in der Schule

Schon in der Schule versucht die Bw militaristischen Geist zu verbreiten. Ihr „Arsenal“ erstreckt sich vom kostenlosen, professionellen Unterrichtsmaterial über verschiedenste „Weiterbildungs-Angebote“ für LehrerInnen bis hin zu Unterrichtsbesuchen von „Jugendoffizieren“.

Die aktuell rund 500 Jugendoffiziere haben die Aufgabe, unter der arbeitenden und lernenden Jugend die Kriegseinsätze der Bw zu rechtfertigen. Neben Schulen und Unis treten sie in Berufsinformationszentren oder Messen auf.

Armee der Arbeitslosen

Die Bundeswehr nutzt den Ausbildungsmangel, um gezielt Arbeitslose als Soldaten zu gewinnen. Unterstützt wird sie dabei von den Arbeitsagenturen. Sie preisen die Bw bei gemeinsa-

men Informations-Veranstaltungen als „eines der größten Ausbildungsunternehmen Deutschlands“. Die Bw stellt vor allem die angebliche „Arbeitsplatzsicherheit“ in den Vordergrund und knüpft damit geschickt an der Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher an. Denn nach Befragungen ist klar: Die meisten Jugendlichen, die sich bei der Armee verpflichten, tun dies keineswegs aus Begeisterung fürs Militär.

Was die wenigsten wissen: Jugendliche, die eine Ausbildung beim Bund beginnen, verpflichten sich für mindestens 8 Jahre und davon wenigstens 1 Jahr ins Ausland. Auslandseinsätze sind aber zunehmend Kriegseinsätze, – Afghanistan.

Da wird die „Arbeitsplatzsicherheit“ ganz schnell zu einer „todsicheren“ Verpflichtung für den Rest des Lebens. Und wer denkt, es wäre mal ganz interessant, in homoerotischer Gemeinschaft mit Rechtsradikalen in Lehmkuhlen zu hocken und mit Schädelknochen zu spielen, der sei gewarnt: die Trennungsquote von LebenspartnerInnen ist bei monatelanger Abwesenheit inclusive geistiger Verwahrlosung exorbitant hoch. Selbst treue „Soldatenbräute“ finden sowas nicht lustig.

Also dann doch lieber seriöse Ausbildungsplätze statt Kriegseinsätze! Leute umbringen birgt fürs Zivilleben keinerlei Perspektive – außer Knast.